



JOHANNES GEYER

Stabile Rentenverunsicherung

Dr. Johannes Geyer, stellvertretender Leiter
der Abteilung Staat am DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Große Koalition will das Rentenniveau bei 48 Prozent und den Beitragssatz dabei zugleich bei 20 Prozent fixieren – und prompt tobt mal wieder ein heftiger Streit um die Finanzierbarkeit der Rente. Der Regierungsvorschlag sei „unbezahlbar“ und führe zu Mehrkosten von geschätzt 125 Milliarden Euro im Jahr 2048, so eine kürzlich erschienene Studie. Um das aus Steuermitteln zu finanzieren, müsste beispielsweise die Mehrwertsteuer auf 26 Prozent angehoben werden. Schreck!

Allerdings: Die Pläne, die da ad absurdum geführt werden, wurden so bisher nicht formuliert, geschweige denn verabschiedet. Bisher hat die neue Regierung lediglich versprochen, die sogenannte „doppelte Haltelinie“ bis 2025 zu garantieren. Ein Versprechen, das erstmal nicht viel kostet: Es ist realistisch, dass beide Linien bis dahin ohnehin nicht gerissen werden. In den letzten Jahren hat sich die Rentenversicherung dank solider Verfassung des Arbeitsmarkts und starker Zuwanderung positiver entwickelt als angenommen. Noch 2014 prognostizierte der Rentenversicherungsbericht für 2025 ein Rentenniveau von 45,5 Prozent, 2017 lag die Schätzung schon bei 47,4 Prozent. Der prognostizierte Beitragssatz für 2025 sank derweil von 20,6 auf 20,1 Prozent. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, wird im besten Fall bis 2025 kein zusätzliches Geld fließen müssen, um das Rentenversprechen zu halten. Auch hat bisher niemand angekündigt, für etwaige Kosten die Mehrwertsteuer anheben zu wollen.

Die Mahnenden von heute sind übrigens dieselben, die um Mäßigung bitten, wenn die Gefahr zukünftig zunehmender Altersarmut betont wird. Auch zu diesem Thema schaffen es immer wieder Meldungen in die Schlagzeilen, die das Armutsrisiko in der Tat grob überzeichnen. Wobei die Sorge vor steigender Altersarmut keineswegs unbegründet ist, wie Studien zeigen.

Was von den alarmierenden Schlagzeilen im Gedächtnis bleibt, sind häufig plakative Botschaften, die entweder überall unrealistische Leistungsausweitungen sehen und eine Politik anprangern, die Klientelpolitik für „die Alten“ auf Kosten der

„jungen Generation“ mache. Oder es werden so mickrige Rentenprophezeien, dass die Mehrheit im Alter auf Grundsicherung angewiesen ist.

Der sachliche Streit um mögliche Finanzierungsquellen zur Bewältigung des demografischen Wandels bleibt so auf der Strecke. Dabei wäre gerade jetzt ein guter Zeitpunkt, um diese Debatte zu führen und die Ausrichtung der Rentenversicherung neu zu justieren. Aktuell ist die Finanzlage der Rentenversicherung hervorragend, die Wachstumsaussichten sind weiterhin gut, die Beschäftigung erklimmt Jahr für Jahr neue Rekorde und die Renten steigen mit relativ ordentlichen Raten. Das wird sich ab Mitte der 2020er Jahre ändern, dann wird die Nachhaltigkeitsrücklage der Rentenversicherung aufgebraucht sein, Beitrag und Steuerzuschuss werden steigen und die Rentensteigerungen magerer ausfallen.

Bis dahin muss es gelingen, einen vernünftigen Kompromiss hinsichtlich Mindestniveau der Rentenversicherung und dessen Finanzierung zu erzielen. Die zentralen Bausteine für die nachhaltige Sicherung der Rente sowie eine Bekämpfung der Altersarmut waren und sind eigentlich klar: Beitragssatz, Beitragsbasis, Altersgrenze, Bundeszuschuss, Rentenniveau, Aufwertung niedriger Renten und die private Vorsorge. Um deren jeweilige Ausgestaltung und Gewicht lässt sich trefflich streiten. Hoffentlich etwas sachlicher beim nächsten Mal, denn dass der Streit weitergeht, gilt jetzt schon als sicher.

Versprochen wurde im Koalitionsvertrag eine Rentenkommission, die sich um die Zeit nach 2025 kümmert. Diese soll ihre Vorschläge erst 2020 präsentieren – was angesichts der Dringlichkeit des Themas reichlich spät erscheint, andererseits aber wegen der Tragweite der Entscheidungen auch notwendig sein dürfte, um ein gutes Konzept zu entwickeln. Mittlerweile wird die Verunsicherung über die Rente kräftig bedient. Je früher die Politik eine klare Vision präsentiert und weitere Reformen für die Zeit nach 2025/2030 beschließt, desto besser.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström;
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Melanie Koch

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter